

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Wolme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Königs, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Bollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupperberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr 26

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 Reichspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver

Samstag, den 1. Februar.

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1930

Die heutige Ausgabe umfasst 8 Seiten und die Beilage: „Zeitgeschehen im Wochenbild.“

Kleine Zeitung für eilige Leser

* Der preussische Kultusminister Dr. Beder ist zurückgetreten.

* Die Erklärung der neuen Thüringischen Regierung vor dem Landtag betont die Pflicht der Staatsregierung, die Verfassung zu wahren und gegen alle Angriffe zu schützen.

* Im Eschervonzenprozess wurde Kapitän Ehrhardt als Zeuge vernommen.

* Auf der Londoner Flottenkonferenz verlangte der italienische Vertreter Grandi gegenüber den abweisenden französischen Plänen volle Klarheit über die Ziele der Konferenz.

Unerfreuliche Ueberraschungen.

Mit peinlicher Regelmäßigkeit führt die Lektüre der sogenannten „Bemerkungen“, die vom Rechnungshof des Deutschen Reiches zu den Haushaltsabrechnungen gemacht werden, leider immer wieder zu unerfreulichen Überraschungen. Auch in der soeben erschienenen Denkschrift dieser Art für 1927 bleibt diese Unerfreulichkeit den Steuerzahlern nicht erspart. Eine denn doch etwas zu „großzügige“ Verwendung und Verschwendung öffentlicher Mittel, Staatsüberschreitungen, allzu gering entwickeltes Gefühl für die unbedingte Notwendigkeit schärfsten Sparsens und Sicheinschränkens.

Und besonders unerfreulich ist es, daß hierin von ganz „oben“ her manch schlechtes Beispiel gegeben wird, das dadurch noch peinlicher wird, weil es dabei zu nicht unbedeutenden Staatsüberschreitungen, also nicht genehmigten Ausgaben kommt. Jedenfalls verneint der Rechnungshof ebenso das „unabweisbare Bedürfnis“ für die plötzliche Beschaffung einer neuen Dienstwohnung, die der Reichswirtschaftsminister beziehen sollte, noch hält er es für richtig, daß die Kosten der „Instandsetzung“ dieser Wohnung die außeretatmäßige Summe von nicht weniger als 113 000 Mark ausmachten. Und der Reichswirtschaftsminister diese Wohnung — nie bezogen hat. Auch der jetzige wohnt immer noch nicht in diesen so feierlich hergerichteten Räumen — und dabei waren doch für über 100 000 Mark allein Möbel und sonstige Ausstattungsgegenstände beschafft worden!

Leider hat selbst der damalige Reichsfinanzminister, der dem Kollegen von der Wirtschaft jene Summen bewilligte und die Staatsüberschreitungen genehmigte, es auch nicht viel besser getroffen: er hat — gleichfalls unter Staatsüberschreitung — für die Einrichtung seiner neuen Dienstwohnung aus über 94 000 Mark verbuchen lassen, obwohl ihm für diesen Zweck die wirklich nicht bescheidene Summe von 50 000 Mark bewilligt war. Und der Steuerzahler vermag auch nicht einzusehen, daß ausgerechnet im Reichsfinanzministerium die bewilligten Haushaltsmittel beim Ankauf von — Elgmöbelen überschritten wurden, die zur „Aus schmückung von Diensträumen“ Verwendung finden sollten. Gewiß handelt es sich bei diesen Vorkommnissen nicht um Unsummen, — aber nicht bloß grundfahlig sollte, des Beispiels wegen, derartiges vermieden werden, sondern auch dann, wenn die Kritik des Steuerzahlers nicht bis zu den Ohren der Verantwortlichen dringt. Derartiges muß ja böse Blut machen, wenn gleichzeitig mit dem Bekanntwerden solcher Verschwendung und negativer Sparfahigkeit der Reichsfinanzminister Tag um Tag deutlichere Enthüllungen über die schwere Finanzlage des Reiches bringt, die geplante, so überaus notwendige Steuererhöhung nicht minder deutlich in den Hintergrund einer sehr viel späteren Zukunft schiebt.

Gewiß sind es auch keine übermäßig hohen Summen, die für allerhand „Dienstreisen“ über die hierfür bewilligten Etatmittel hinaus ausgegeben worden sind, — nur kann man dem Rechnungshof nicht ganz unrecht geben, wenn er dazu bemerkt, er sehe die unbedingte Notwendigkeit z. B. dafür nicht ein, daß das Reichsverkehrsministerium nicht weniger als hundert Beamte die Verkehrsabteilung in München und 47 Beamte die Bafeler Auslieferung für Binnenschiffahrt besuchen ließ. Was zusammen das Reich 25 000 Mark kostete. Überhaupt kommt — durchaus nicht mit Unrecht — gerade das Reichsverkehrsministerium in der Denkschrift des Rechnungshofes besonders schlecht weg. Wegen der mehr als „großzügigen“ Beschaffung von „Verkehrsmitteln“, von Autos nämlich. Eins hat man überhaupt außerplanmäßig für das Ministerium angeschafft, ein weiteres, als man „wegen des Gesundheitszustandes des Ministers auf einen besonders gut fahrenden und möglichst stoßfreien Wagen Wert legen“ mußte, hat man ein gebrauchtes Auto für die horrenden Summe von 27 000 Mark gekauft, Umbauten und Reparaturen verschlangen aber noch oben drein 16 800 Mark; die neue große Karosserie habe, so heißt es in der Begründung, den Vorzug, für sieben Personen Platz zu bieten, „was bei der häufigen Notwendigkeit, eine größere Anzahl von Beamten zum Reichstag zu befördern, von Wert sei“. Der zur Kritik neigende Steuerzahler wird freilich einwenden, daß diese Beförderungsart doch nicht so unbedingt notwendig sein kann, weil das Ministerium nämlich nur ein paar Minuten vom Reichstag entfernt liegt, es in Berlin übrigens auch recht zahlreiche sonstige Verkehrsmittel gibt. Auch damit ist der Rechnungshof nicht gerade einverstanden, daß „für den Dienstgebrauch des Reichsverkehrsministers“ für 53 000 Mark ein schnellfahrendes Motorboot angeschafft worden ist.

Auch „Studienreisen“ von Beamten haben so ihre Merkwürdigkeiten. Abgesehen davon, daß das Übermaß dieser nicht bloß vom Reich, sondern auch von anderen deutschen Verwaltungen veranstalteten Reisen schon längst laute Kritik über die Kosten und vor allem den zweifelhaften Nutzen dieser Fahrten hervorgerufen hat, ist es unverständlich, warum das Reich z. B. nach Spanien zum Studium des dortigen Weinbaus und -handels gleich eine

Ministerwechsel in Preußen

Dr. Grimme preuß. Kultusminister.

Das Abschiedsschreiben Dr. Beder's.

Der Streit um die Umbildung des preussischen Kabinetts hat Donnerstag zum freiwilligen Rücktritt des Kultusministers Dr. Beder geführt. In einem Schreiben an den Ministerpräsidenten Dr. Braun sagt er, die laut gewordene Äußerung führender Parteien von der Bedeutung größerer kultureller Aufgaben des Kultusministeriums weiche so stark von dem Geiste ab, den er in langen Jahren mühevoller Arbeit im Dienste der geistigen und der politischen Erhaltung der Deutschen Republik zu verwirklichen bemüht war, daß für ihn eine geistliche Wirksamkeit nicht mehr gegeben ist. Dr. Beder legt deshalb sein Amt nieder. Zum Nachfolger Dr. Beder's ist Dr. Grimme vom Brandenburgischen Provinzialschulkollegium ernannt worden. Dr. Grimme steht den Sozialdemokraten nahe.

Die Verhandlungen, die nun schon die ganze Woche zwecks Umbildung der jetzigen, auf der Weimarer Koalition beruhenden Preußenregierung geführt wurden, haben mit einem vollständigen Mißerfolg geendet. Ministerpräsident Dr. Braun hatte wissen lassen, er beabsichtige nicht länger mit der Entscheidung zu zögern. Die Parteien möchten sich endgültig entscheiden. Er bot der Deutschen Volkspartei, die in das Kabinett eintreten und somit die „Große Koalition“ verwirklichen sollte, an, das Handelsministerium und unter Umständen den Posten eines Ministers ohne Portfeuille zu übernehmen. Andere Vorschläge würden nur zu zwecklosen Verzögerungen führen. Nachdem sich die völksparteiliche Fraktion nochmals beraten hatte, instruierte sie ihre Vertreter dahin, die Volkspartei müsse die Angebote des Ministerpräsidenten ablehnen. Damit waren die Verhandlungen erledigt.

Die völksparteilichen Forderungen für ihren Eintritt in das Kabinett waren entweder die Übernahme des Justizministeriums oder des Kultusministeriums gewesen. Das Handelsministerium könne ihr nicht genügen. Darauf hatte Ministerpräsident Braun erklärt, das Zentrum werde das jetzt von ihm besetzte Justizministerium nicht abgeben. Auf das Kultusministerium machten aber die Sozialdemokraten nach wie vor Anspruch.

Die ganzen Beratungen, wie sie sich in den letzten Tagen darstellten, boten an und für sich mehr ein Bild starr hervortretender Parteibestrebungen als ausgeprägten politischen Willens zum Vorwärtkommen. Bei den auseinanderstrebenden Tendenzen konnte man bei einfacher Überlegung kaum annehmen, auf der jetzt gebotenen Basis hätte sich eine auf die Dauer berechnete Regierung dem Landtage vorstellen können. Von einigen Seiten wird behauptet, auch in diesem Augenblick seien noch nicht alle Brücken abgebrochen. Nebenfalls darf es als sicher gelten, daß Ministerpräsident Dr. Braun von sich aus keine weiteren Anregungen vorläufig zu geben gedenkt.

Neuer Vorstand der preuß. Zentrumsfraktion.

Die Zentrumsfraktion des Preussischen Landtages vollzog Donnerstag die neue Vorstandswahl. Es wurden erwählt zum

ein Teil bei den Handelsvertragsverhandlungen beteiligt ist, sicherlich aber nicht etwa der mitreisende Beamte aus dem — Reichsinnenministerium.

Das sind so nur ein paar „Rosinen“ aus dem unerfreulichen Kuchen, den die Denkschrift des Rechnungshofes darstellt. Sie wirken wie Zwischenrufe, die in die amtlichen „Sparfamkeit“reden hineinplätzen, Zwischenrufe, die leider nur allzu berechtigt sind. Die Steuerzahler aber legen größtes Gewicht darauf, künftighin diese „Bemerkungen“ nicht mehr hören zu müssen.

Zentrumswünsche zum Young-Plan.

Vorbedingungen.

Am nächsten Mittwoch soll der Reichstag mit der Bearbeitung der im Haag getroffenen Abmachungen über den „Neuen Plan“, wie der Young-Plan jetzt offiziell heißt, beginnen. Ohne Zweifel bereiten sich die Parteien schon jetzt auf die zu erwartenden heftigen politischen Auseinandersetzungen gründlich vor. Bemerkenswertes Aufsehen hat unter diesen Umständen der bekanntgewordene Vorstoß des Zentrums erregt, der schon vor Eröffnung der Reichstagsdebatte das Problem anschnitten. Das Vorgehen des Zentrums wurde durch folgende Mitteilung in der Germania der Öffentlichkeit übermitteln:

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Reichstages, Dr. Brüning, und der Vizepräsident des Reichstages, Esser, sind im Auftrage des Zentrums beim Kanzler dahin vorstellig geworden, die Reichsregierung möge dafür sorgen, daß vor Verabschiedung des Young-Plans durch den Reichstag endgültige Klarheit über die Lösung der Saarfrage geschaffen wird.

Aber auch außer der Saarfrage sind bei dieser Gelegenheit weitere Wünsche des Zentrums ans Licht getreten. Die Germania berichtet darüber:

„Im Auftrage des Vorstandes der Zentrumsfraktion haben die Abgeordneten Brüning und Esser dem Reichskanzler die nach zweitägigen Beratungen beschlossene Stellungnahme des Zentrums zur politischen Behandlung des Haager Abkommens zur Kenntnis gebracht. Das Zentrum verlangt, daß vor der endgültigen Entscheidung über den Young-Plan eine Klärung der Finanzlage erfolgen müsse; diese Klärung hat zur Voraussetzung die Verabschiedung der zur dauernden Gesundung der Rassenlage notwendigen Gesetze und stärkere Bindung der Regierungsparteien in bezug auf die Durchführung der Finanz- und Steuerreform. Ferner wünscht die Zentrumsfraktion vor ihrer entscheidenden Fraktionsstimmung eine ausreichende Darlegung der Reichsregierung über Stand und Fortgang der Saarverhandlungen und die Behandlung des politischen Liquidationsabkommens.“

In den Beratungen der anderen Parteien spielen die Zentrumsäußerungen zurzeit eine der wichtigsten Rollen und auch das Reichskabinett soll sich damit beschäftigen.

Georgische Sensationen

Kapitän Ehrhardt im Eschervonzenfälscherprozeß.

Von den Fälschungen wußte er nichts.

Im Eschervonzenfälscherprozeß erfolgte unter allgemeiner Spannung die Vernehmung des Kapitän's Ehrhardt. Der Vorsitzende machte ihn auf sein Recht zur Aussageverweigerung aufmerksam, falls er irgendwie in die Notenfälscherangelegenheit verwickelt sein sollte.

Ehrhardt betonte, daß ihm Karumidse bei einer Besprechung, die etwa im Frühjahr 1927 stattgefunden habe, über seine Pläne zur Befreiung Transkaukasiens Mitteilungen machte. In die Währungs fälschungspläne sei er nicht eingeweiht worden. Allerdings habe Karumidse wohl allgemein von dem Mittel der Währungs fälschungen gesprochen. Insbesondere habe Karumidse geplant, Aufstände im Kaukasus hervorzurufen und der Sowjetregierung das Öl wegzunehmen. Er, der Zeuge, habe sich von den Plänen in der vorgelegten Form nichts versprochen. Karumidse habe ihm seine Ideen dadurch schmackhaft zu machen gesucht, daß er betonte, durch einen Kampf gegen Sowjetrußland würde auch die Hauptkraft des deutschen Kommunismus gelähmt werden. Er selbst habe sich nicht weiter dazu geäußert, weil zu viele Leute zu ihm gekommen seien und Pläne entworfen hätten; sehr häufig habe es sich dabei um Hochstapler gehandelt.

Kapitän Ehrhardt erklärte dann weiter, daß Hauptträger des Gedankens, daß die Vernichtung des Kommunismus in Deutschland nur durch die Vernichtung der Sowjetmacht möglich wäre, der

General Hoffmann

gewesen sei. Er glaube daraus schließen zu können, daß General Hoffmann dem Gedanken an Karumidse's sympathisch gegenübergestanden habe. Allerdings habe er keine Veranlassung gehabt, General Hoffmann gegenüber zu betonen, daß er seine Pläne für optimistisch hielt. Auf die

Frage des Verteidigers der beiden georgischen Angeklagten, ob Karumidse seinerzeit nicht auch Entwürfe von Eschervonzennoten vorgezeigt habe, erwiderte Ehrhardt, Karumidse sei nicht so dumm gewesen, ihn in seine Währungs fälschungspläne einzurichten. Er, der Zeuge, habe angenommen, daß es sich bei den vorgezeigten Stücken um echte Noten handelte. Man habe eigentlich nur von Umständen, Zirkulation, kriegerischen Maßnahmen usw. gesprochen. Der Zeuge betonte schließlich noch, daß er die politische Tätigkeit der beiden Georgier für einwandfrei gehalten habe. Über seine Unterhaltungen mit General Hoffmann verweigerte er die Auskunft. Ehrhardt wurde nach seiner Aussage vereidigt.

Rußland soll sagen, ob es Geld fälscht.

Kaum war die Vernehmung des Kapitän's Ehrhardt beendet, als der Verteidiger der beiden Georgier einen Antrag stellte, der zuerst Sensation erregte und dann allgemeine Heiterkeit auslöste.

Er behauptete, daß die Sowjetregierung vom Beginn ihrer Herrschaft an die Fälschung von Währungen fremder Staaten systematisch betrieben habe, und suchte das im einzelnen nachzuweisen. Anfang 1929 sei russisches Falschgeld für General Fong nach der Mongolei geliefert worden und später sei es in Indien, in Südamerika, in Polen, in Deutschland, in Holland usw. aufgetaucht. Der Verteidiger behauptete schließlich, daß auch die jetzt ans Tageslicht gekommenen Fälschungen von Dollarnoten aus russischen Fabriken stammten, und beantragte dann, bei der russischen Regierung amtlich anzufragen, ob seine Angaben zuträfen.

Nach der Beratung über diesen Antrag verkündete das Gericht folgenden Beschluß: „Das Gericht unterscheidet als wahr, daß Banknoten fälschungen als politisches Kampfmittel des einen Staates gegen den anderen angewendet werden.“

Am Montag werden nach dem Schluß der Beweisnahme die Plädoyers beginnen. Die Urteilsverhandlung wird voraussichtlich am Sonnabend nächster Woche erfolgen.

1. Vorsitzenden vva. Dr. Heß, zum 2. Vorsitzenden Abg. Steger, zum 3. Vorsitzenden der oberschlesische Abgeordnete Jawabski. Zu Beisitzern wurden gewählt die Abgeordneten Klost, Stieler, Gronowski, Linneborn, Frau Stöffels, Jensen, Altegger, Schilling, Mallach, Lauscher und Jordanus.

Die Verhandlung über die beiden georgischen Angeklagten einstimmig gewählt. Dem Vorstand gehören ferner noch an die aktiven Zentrumsminister, das jeweilige Mitglied des Präsidiums des Preussischen Landtags aus der Zentrumsfraktion, Abg. Dr. Baumhoff und der Geschäftsführer der

Politische Rundschau Deutsches Reich

Landarbeiter und Berufsausbildungsgezet.

Der Deutschnationale Arbeiterbund nahm in einer Sitzung seines geschäftsführenden Ausschusses in Berlin zu verschiedenen politischen Fragen eingehend Stellung. Er sprach insbesondere sein Bedauern darüber aus, daß bei dem Entwurf über ein Berufsausbildungsgezet die Landarbeiter nicht miteingeführt werden sollen. Er beschloß, alles daranzusetzen, um auch die Unterstellung der Landarbeiter unter das Berufsausbildungsgezet zu erreichen. Zur Frage der Beteiligung der Arbeitnehmer in den Landwirtschaftskammern in Preußen wurde beschloffen, mit aller Entschiedenheit daran festzuhalten, daß die Arbeitnehmer als gleichberechtigte Mitglieder in die Landwirtschaftskammern einzutreten, daß aber auch daselbst für die Handwerks- und Gewerbekammern und für die Industrie- und Handelskammern erstrebt werden soll.

Abfindung des bayerischen Königshauses.

Im Bayerischen Landtag war eine sozialdemokratische Anfrage über den Entschluß wegen der Aufwertungsforderungen des Königshauses eingebracht. Dazu wird im Bayerischen Kurier von angeblich zuverlässiger Seite mitgeteilt, daß in der Aufwertungsfrage zwischen dem Bayerischen Staat und dem ehemaligen Königshaus angeregte Schiedsgericht habe seine Entscheidung dahin gefällt, daß es nur einen Teilbetrag der vom ehemaligen bayerischen Königshaus erhobenen Forderung als berechtigt anerkenne. Der anerkannte Teilbetrag beziffert sich nach den Informationen des Blattes auf 100 000 Mark. Der Streit drehte sich um die 40 Millionen, die vom Staat als endgültige Kapitalabfindung bezahlt worden waren, nachdem vorher schon beträchtliche Summen zur Auszahlung an das vormalige Königshaus gelangt waren.

Erklärung der neuen thüringischen Regierung.

Zu Beginn der Landtagsitzung in Weimar gab Staatsminister Baum die Erklärung über das Programm der neuen Regierung ab. Er appellierte an das Verantwortungsbewußtsein der Bevölkerung und setzte sich für unbedingte Selbständigkeit Thüringens ein. Das Gutachten des Sparkommissars solle als Grundlage für die Durchführung von Sparmaßnahmen dienen. Die Leistungsfähigkeit des Landes und seine kulturellen Belange müßten in Einklang gebracht werden. Nach Ansicht der Regierung werde aber durch Sparmaßnahmen allein die Sanierung nicht durchgeführt werden können. Es müsse dazu die Erschließung neuer Einnahmequellen kommen. Der Haushaltsplan müsse möglichst ohne Defizit aufgestellt werden. Hinter den finanzpolitischen Aufgaben müßten zunächst alle anderen zurücktreten. Wichtiger aber als alle Programme sei im Augenblick die Tat. Die Regierung werde dafür sorgen, daß die Wirtschaft vor dem Untergang bewahrt werde.

Aus In- und Ausland

München. In einem angekündigten Vortragsabend der „Gesellschaft der Freunde des neuen Ausland“ sollte ein Dozent der Moskauer Universität vom Fünfjahresplan der Sowjetunion sprechen. Die Polizeidirektion hat diese Versammlung als dem Strafgesetzbuch zuwiderlaufend verboten.

Paris. In Spinal wurde ein Korporal des 171. Infanterieregiments verhaftet. Der Betreffende soll das Haupt der kommunistischen Zelle dieses Regiments sein. Er wurde seiner in Germersheim liegenden Abteilung zugeführt.

Gesundheitsfragen vor dem Preuß. Landtag

(121. Sitzung.) tt. Berlin, 30. Januar.

Der Preussische Landtag setzte die Aussprache zum Abschnitt „Volksgesundheit“ bei der zweiten Lesung des Wohlfahrtssetats fort.

Abg. Schmiffan (Dem.) betonte u. a., daß man die Kindersterblichkeit möglichst herabzubringen suchen sollte. Auf dem Lande müßten mehr Kinderheime errichtet werden, weil die schwer arbeitenden Landfrauen sich tagsüber sehr wenig um die Kinder kümmern könnten. Für die Krüppelfürsorge müßten wieder Mittel eingesetzt werden. Das Jünglingsfrankenloos müsse durch Verhinderung der Gründung zu kleiner Familienleistungsfähig erhalten werden.

Abg. Leonhardt (Wirtschaftspartei) bemängelte die zu geringe Sparfahigkeit des Ministeriums bei Personalausgaben und verlangte besondere Fürsorge für die verarmten Kleinrentner. Der Mittelstand ließe

den Jugendherbergen

zwar freundlich gegenüber, müsse sich aber dagegen wehren, daß die Jugendverbände den gewerbetreibenden Mittelstand schädigende eigene Verkaufsstellen errichteten.

Ministerialdirektor Dr. Schopahl ging auf die in der Aussprache gegebenen Anregungen ein.

Abg. Schmiff-Limbarg (Christlichnat. Bauernpartei) verlangte die Einführung eines

obligatorischen Arbeitsdienjahres

für die Jugend, das für die jungen Menschen, die jetzt vor den Arbeitsämtern herumlungerten, eine gute Erziehungsschule sein würde.

Abg. Gaale (Nationalsoz.) nannte die zu Wohlfahrtszwecken im Haushalt eingesetzten Mittel lächerlich gering. Nicht an den Mitteln für die Zwecke der Volksgesundheit, sondern an den hohen Ministergehältern sollte gespart werden.

Wohlfahrtsminister Dr. Hirtfelder äußerte sich dann ausführlich über den Abschnitt

„Allgemeine Volkswohlfahrt“.

Er erklärte, daß die Bestrebungen zum Ausbau der Mütterberatung, Müttererholung und Cheberberatung auch in Zukunft mit allen Mitteln unterstützt würden. Die Zusammenarbeit mit der freien Jugendwohlfahrtspflege erweise sich als überaus fruchtbar. Für die Pflege der schulentlassenen Jugend sei es trotz der knappen Mittel möglich gewesen, den Gemeinden oder Verbänden für Leibesübungen usw. Darlehen zu geben. Die Mittel für die

werteschaffende Arbeitslosenfürsorge

seien leider sehr gering gewesen. Immerhin hätten im ersten Vierteljahr 1929 täglich durchschnittlich 53 000, im zweiten Vierteljahr rund 37 000 Arbeitslose bei Notstandsarbeiten beschäftigt werden können. Bei der Errichtung von Jünglingsfrankenloos würden die gesetzlichen Vorschriften streng be-

achtet. Er werde sie lediglich für das Handwerk und das Kleingewerbe zulassen. Die Klagen über Mißwirtschaft bei den Ortsfrankenloos hätten sich im wesentlichen als unbegründet erwiesen.

Minister Hirtfelder fortsetzen:

Die Zahl der Fürsorgezöglinge

sei von rund 62 000 am 1. April 1928 auf 59 100 am 1. April vorigen Jahres zurückgegangen: man rechne für 1930 mit einem weiteren Rückgang. Im Einklang mit der Erkenntnis an der neuzeitlichen Erziehungswissenschaft habe er sich im vorigen Jahre entschlossen, die Strafe der körperlichen Züchtigung in den preussischen Erziehungsanstalten für Mädchen jeden Alters sowie für die Schulentlassenen und die noch nicht achtjährigen Jungen ausnahmslos zu beseitigen.

Frau Abg. Neumann (Komm.) hielt den Gesundheitszustand der Kinder besonders im westlichen Industriegebiet für ungenügend.

Abg. Graf von Posadowsky-Wehner (Aufwertungspartei) trat für eine gerechte Aufwertung der Forderungen der Kleinrentner ein.

Abg. Frau Dr. Bauer (Ztr.) meinte, man müsse besonders die Volkswohlfahrt auf dem Lande

pflegen. In der Wohnungsfrage dürfe man die alleinstehenden erwerbstätigen Frauen nicht unberücksichtigt lassen.

Darauf wurde die Weiterberatung auf Freitag vertagt.

Volkspartei und Preußentaoalition.

Noch keine Entscheidung.

Die Landtaasfraktion der Deutschen Volkspartei hat

am Mittwoch in einer Spätabenditzung die Richtlinien für die Unterhändler der Fraktion bestimmt, die voraussichtlich am Donnerstag eine neue Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Braun haben werden, um ihm die Stellungnahme der Fraktion zu dem bekannten Angebot wegen des Eintritts in die preussische Regierung mitzuteilen. Angesichts der mehrfachen Fraktionsberatung wird die Volkspartei vielleicht dahin streben, dieses Angebot zu verbessern und an Stelle des Handelsministeriums das Kultusministerium und das Justizministerium zu fordern.

Belgiens Gewinn durch Haag.

Der belgische Außenminister über den Young-Plan.

Minister Symans sprach in der Belgischen Kammer über die Haager Konferenz. Der Young-Plan sei ein durchaus neues Zahlungsverfahren. Deutschland werde sich seinen Verpflichtungen nicht entziehen können, ohne seinen Kredit auf wirtschaftlichem Gebiet zu gefährden. Die Markfrage sei nicht ohne große Mühe durch unmittelbare Verhandlungen zwischen der deutschen und der belgischen Regierung gelöst worden. Gemäß des getroffenen Abkommens erhalte Belgien eine Gesamtsumme von 320 Millionen Mark.

Die Jahreszahlungen, die Belgien von nun an erhalten werde (Reparationen und Markzahlung), werden die Summen, die es auf Grund des Dawes-Plans bekommen hätte, übersteigen.

ALSBERG'S Weisse-Woche



Beginnt
Donnerstag
den
1. Februar
nach dem
unveränderten
Wochenanfang

Vorverkauf:

Freitag-Nachmittag

ab **3 Uhr**

Unsere bekannt billigen Preise
in der Weißen-Woche, machen
das Kaufen zu einem Vergnügen.

Beachten Sie bitte unsere heutige
4 seitige Beilage!

Sie enthält wertvolle Anregung für
Ergänzungskäufe, Aussteuer, Hotels u. Pen-
sionen, jedem Geschmack Rechnung tragend.

ALSBERG

Bekannte Fahrtvergütung! **HAGEN**

ung!

Lebensmittelhändler!

Die laut polizei-
licher Vorschrift
benötigten
Aushängeplakate
hält vorrätig
Bachdruckerei

Wilh. Bell
Halver
Fernruf Nr. 442.

Einige Tage verlängert.

10

Prozent Rabatt

auf alle Bettwaren,
Oberbetten, Kissen, Bettfedern, Daun, Woll- u. Kamel-
haardecken, Matratzen, Steppdecken, Daunendecken,
Bettwäsche, Metall- und Kinderbetten. Weißlackmöbel.

Betten - Meyer

Hagen, 90 Frankfurterstr. 90

10

Einige Tage verlängert.

Empfehle mich in
Lieferung
und
Anpflanzung
sämtlicher
Nadel- u. Laub-
holzpflanzen
zu billigsten Preisen.
Ernst Rüd jr.,
Forsttuturgeschäft,
Elbringhausen b. Nierspe.
Tel. Nr. 67 Amt Meinerzhagen

Allgemeiner Anzeiger

Tageblatt für das Volme- und Ennepegebiet

Verbreitungsbezirk außer Halver: Oberbrügge, Brügge, Schalksmühle, Dahlebrück, Rönshahl, Kierspe, Kierspe-Bahnhof, Bollwerk, Vollme, Lüdenscheid, Meinerzhagen, Balbert, Ohl, Kupferberg, Radevormwald, Breckerfeld usw.

Druck und Verlag: Wilhelm Beil jr., Halver i. W. — Fernsprecher Nummer 442, Amt Halver. — Telegramm-Adresse: Anzeiger Halver

Nr 26

Inseratenpreis: für 1 mm Höhe, 34 mm breit 6 Reichspennig, für Behörden, Finanzanzeigen u. auswärtige Anzeigen 10 Reichspennig, Reklame 10 P. et hspennig. — Offertgebühren 10 Reichspennig und Porto —

Halver

Samstag, den 1. Februar.

Erscheint wöchentlich 6 mal
Gratisbeilagen: „Zeitgeschehen im Wochenbild“, „Landmanns Sonntagsblatt“, „Herd und Scholle“, „Für unsere Frauen“ und „Am Abend“

1930

Sitzung der Gemeindevertretung Kierspe.

— Kierspe, den 30. Jan. 1930.

Im Sitzungssaal des Amtshauses fand eine Sitzung der Gemeindevertretung statt, die vom neuen Gemeindevorsteher Heufelbach geleitet wurde. Anwesend war Herr Bürgermeister Hiltebrandt sowie eine große Zahl von Zuhörern. Beginn der Sitzung 13 Uhr. Die Tagesordnung umfaßte 25 Punkte.

1. Einführung des Gemeindevertreters Kumpmann, Kierspe-Vhf. Da von der bürgerlichen Liste das Mitglied Heufelbach als Vorsteher gewählt worden ist, mußte ein weiterer bürgerlicher Vertreter eintreten und einigte man sich auf den Sattlermeister Kumpmann, Kierspe-Vhf. Der Gemeindevorsteher verpflichtete denselben durch Handschlag. Die Vertreter der SPD. beantragten, die Einführung bis nach der Wahl der Kommission zurückzusetzen, da das Stimmenverhältnis der ersten Sitzung wieder hergestellt werden müsse. Hierauf erklärte Vorsteher Heufelbach, daß er sich bei den betreffenden Abstimmungen seiner Stimme enthalten werde, worauf die Einführung gutgeheißen wurde.

2. Bericht über die Finanzlage der Gemeinde. Zu diesem Punkt erstattet Vorsteher Heufelbach einen ausführlichen Bericht, aus welchem folgendes erwähnenswert ist: Nach der Etatsaufstellung sind für das Schulwesen 115 000 Mark auszugeben. Bisher sind verausgabt bereits 131 000 RM., sodaß diese Position mit 16 000 RM. überschritten ist. Für Wegebauten waren vorgesehen 15 000 RM., verausgabt sind bisher 61 000 RM., mithin ein Mehr von 46 000 RM. Der Posten Wohn- und Siedlungsweisen ist mit ca. 10 000 bis 12 000 RM. überschritten. Die anderen Positionen sind nicht überzogen worden, doch kann sich hier eine Mehrausgabe im Laufe des Geschäftsjahres noch einstellen. Diese Belastungen der Gemeinde sind nicht allein im laufenden Jahre entstanden, sondern reichen bis in das Jahr 1925. Bei der Sparkasse ist bereits ein Kredit von 53 000 RM. aufgenommen worden. Aus diesem Bericht ist die ernste Finanzlage der Gemeinde zu ersehen und erklärte der Vorsteher hierzu, daß es unbedingt erforderlich sei, die Ausgaben bis zum nächsten Einzahlungsplan einzuschränken. Nur die notwendigen und dringenden Anlagen könnten gemacht werden. Vertreter Menn (bürgerl.) berichtet sodann über die letzte Sitzung der Finanzkommission. Zu der Zeit, als man den Ausbau der Hochstraße in Kierspe-Vhf. beschlossen habe, sei festgestellt worden, daß der Ueberchuß aus dem Jahre 1928 41 000 RM. betragen habe. Eine nachträgliche Prüfung habe jedoch ergeben, daß hier ein Fehler unterlaufen sei, sodaß sich der eigentliche Ueberchuß nur auf 21 000 RM. stelle. Somit sei schon eine wesentliche Mehrbelastung des laufenden Etats entstanden. Baumeister Böncke entwickelte sodann ein ausführliches Bild über die für Wegebauten usw. verausgabt Beträge. Hiernach hat der Ausbau der Hochstraße in Kierspe-Vhf. 22 013,23 RM. gekostet, während sich der Voranschlag auf 17 603 RM. belief. Es ist somit eine Mehrausgabe von RM. 4410 — entstanden, die sich daraus ergab, daß die Stützmauern in größerem Umfang angelegt werden mußten, als man vorgesehen hatte. Dazu wurden größere Kanalisations- und Erdbewegungsarbeiten notwendig. Die durch die Pflasterung der oberen Hauptstraße in Kierspe-Vhf. erforderliche Kanalisation, die Anlage der Bürgersteige und die Fertigstellung des Heideweges haben eine Ausgabe von 21 516 RM. verursacht. Davon sind 7500 RM. durch Anleihe gedeckt, weitere 6500 RM. werden von der Provinz gegeben. An sonstigen Wegebauten usw. sind ausgeführt worden: Der Weg Wolzenburg, Weg Neuenhagen-Höhlen; die Nordstraße, Hochstraße und Wehstraße in Kierspe-Vhf. wurden ausgebaut, der Weg von Tingslinde-Wolzenburg, die Brücke im Bungenroth; die Brücke im Eingänge, ein Abflusssanal in Kierspe und die Bahnhofstreppe in Kierspe-Vhf. Diese Gesamtarbeiten haben eine Summe von ca. 74 000 RM. gefordert, in welcher die Beträge enthalten sind, die noch bezahlt werden müssen. Einschließlich der hereinkommenden Zuschüsse sind 59 155 RM. im Etat eingelegt, sodaß sich hieraus ein minus von etwa 15 000 RM. ergibt. Der Schulneubau in Kierspe erfordert einen Betrag von etwa 85 000 RM., wozu die Einrichtung mit etwa 10 000 RM. hinzuzurechnen ist. Als Anleihen sind hierfür heringekommen ca. 32 000 RM. und 41 000 RM. kommen aus Beihilfen herein. Hiervon sind bisher ca. 63 000 RM. verausgabt, sodaß einzuweisen ein plus von ca. 10 000 RM. zu verzeichnen ist. Die neue Schule soll Stahlrohrbänke erhalten, wie solche behördlicherseits vorgeschrieben ist. In Anbetracht dieser ernsten Finanzlage hält es die Vertretung für dringend erforderlich bei der Sparkasse in Kierspe ein Darlehn in Höhe von 35 000 RM. zu 8% Zinsen, 2% Amortisation und 95% Auszahlung auf den Schulneubau aufzunehmen. Vertreter Reppel SPD. begt hierzu ernste Bedenken, da i. E. dann die Sparkasse nicht mehr in der Lage sei, den Gebetreibenden Kredite zu geben. Vertreter Menn (bürgerl.) gibt hierzu bekannt, daß die

Kreditgabe der Sparkasse wohl gedroht, aber nicht eingeleitet werde. Nachdem den Vertretern der SPD. die erbetenen Aufklärungen seitens der Mitglieder des Sparkassenvorstandes gegeben worden wären, erklärten sich auch diese Vertreter zu der Aufnahme des Darlehns einverstanden, während man von bürgerlicher Seite von vornherein für eine Aufnahme des Darlehns war.

2. Erlaß eines Ortsstatuts gemäß § 13 der Landgemeindeordnung, wonach auch die Nichtgemeindevorteiler Kommissionen der Gemeinde angehören können. In der ersten Gemeindevorteiler Sitzung waren seitens der SPD. auch Nichtgemeindevorteiler in die einzelnen Kommissionen gewählt worden. Hiergegen hatten die bürgerlichen Einspruch erhoben. Bei der vorgenommenen Abstimmung fand das beantragte Ortsstatut gegen die Stimmen der SPD. keine Annahme. Demnach müssen alle Kommissionen noch einmal gewählt werden.

3. Antrag Reppel, auf Neuwahl sämtlicher Kommissionen, sofern das Ortsstatut nicht durchkommt, war somit angenommen. Zu Punkt 4. Klärung der statutenmäßigen Schulvorstandswahl gab der Vorsteher ein Schreiben der Regierung bekannt.

Punkt 5 Wahl des Sparkassenvorstandes wird vertagt bis zur nächsten Sitzung, in welcher sämtliche Kommissionen neu gewählt werden. Punkt 6 Wahl der Waldkommission wird aus dem gleichen Grunde vertagt. Punkt 7 Wahl von Vertretern der Gemeinde in den Bauverein: Es sollen 1 Vertreter in den Vorstand und 2 Vertreter in den Aufsichtsrat entsandt werden; die Wahl erfolgt in der nächsten Sitzung. Zu 8. Wahl eines Wohlfahrtsausschusses wurde der betreffende Antrag von der SPD. zurückgezogen.

9. Die Wahl eines Jugendpflegeausschusses ist überflüssig, da bereits ein Ortsausschuß für Jugendpflege für das ganze Amt besteht.

10. Wahl eines Steuerausschusses zur Entscheidung von Einprüchen und Stundungen. Gegen die Stimmen der SPD. wurde beschlossen, den Ausschuß aus je einem bürgerlichen Vertreter, einem Vertreter der SPD. und dem Gemeindevorsteher zu bilden. Die Wahl erfolgt in der nächsten Sitzung.

11. Festsetzung der Entschädigungen für die Gemeindevorteiler und Kommissionsmitglieder. Hierzu entspann sich eine ausgedehnte Debatte bei welcher beide Parteien zur Beratung abtraten. Die SPD. verlangt Zahlung von 2 RM. an Diäten sowie Erstattung des entstandenen Lohnausfalles für die im Arbeitsverhältnis stehenden Vertreter für alle Sitzungen. Die bürgerlichen verlangen Zahlung der Diäten von 3 RM. für die Vertretersitzen. Dagegen soll für die Kommissionssitzen nur der Lohnausfall bezahlt werden. Die nicht im Arbeitsverhältnis stehenden Vertreter verzichten auf Zahlung eines Lohnausfalles. Der Antrag der bürgerlichen wird gegen die Stimmen der SPD. angenommen. Die Entschädigung des Vorstehers wurde auf 1000 RM. pro Jahr festgesetzt. Der einzige Vertreter der Arbeiterliste von Kierspe verzichtet auf jegliche Entschädigung. Die SPD. erklärte zu diesem Beschluß, daß sie unter solchen Umständen keine Arbeit in irgend einer Kommission verrichten könnten, weshalb auch die vorher getroffenen Vereinbarungen in Bezug auf die Besetzung der Kommissionen hinfällig geworden seien. Unter Punkt 15 wurden die Befugnisse der einzelnen Kommissionen festgelegt. Der Ankauf von Waldparzellen im Wenghagen wurde vertagt. Zu Punkt 17 Ablösung eines Darlehns von 20 000 RM. soll abgewartet werden, welche diesbezüglichen Verfügungen ergeben. Die Verpachtung von Gemeindegutstücken soll durch den Gemeindevorsteher und Vertreter W. Winter, Höferhof erfolgen. Einige Wegesachen, sowie die Errichtung einer Mauer an der Volmebrücke in Vollme wurden vertagt. Die Ausmessung der Hochstraße soll vorgenommen werden, um die Grundstücke austauschen zu können. Antragsgemäß wurden die Vermessungskosten für einige Anlieger der Aderstraße in Kierspe-Vhf. niedergeschlagen. Die Umschreibung von Gelände-Epistelen am Wege Höferhof-Pattberg wurde gutgeheißen. Der Antrag Vormann, Kierspe-Vhf. auf Pflasterung eines Platzes vor seinem Hause soll an Ort und Stelle geprüft und behandelt werden. Die Erhebung von Kanalisationsgebühren wurde vertagt. Zu Punkt 24 Abnahme der Gemeindefinanzrechnung 1928 gab Vertreter Menn den Prüfungsbericht. Nach demselben sind nur geringfügige Erinnerungen zu verzeichnen, die inzwischen in Ordnung gestellt worden sind. Im Uebrigen wurde der Ueberchuß mit 21 000 RM. und nicht wie früher errechnet mit 41 000 RM. festgestellt. Die Steuererträge waren mit 236 000 RM. eingelegt, während 262 000 RM. eingegangen sind. Wo einige Etatsposten überschritten wurden, sind auch höhere Einnahmen zu verzeichnen gewesen, als ursprünglich eingelegt waren. Die Vertretung war somit mit einer Abnahme der Kassenrechnung einverstanden. Die Punkte Unterstützungs- und Wohnungssachen wurden in anschließender geheimer Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung findet am kommenden Freitag statt.

ganisationen. Die Probleme der richterlichen Gewalt, der versorgungswirtschaftlichen Medizin und des Einflusses der Ministerialbürokratie auf Rechtsgebarung, Rechtsauslegung und auf die Spruchpraxis fanden auf der Konferenz ebenfalls lebhafteste Erörterung. An der Diskussion beteiligten sich zahlreiche Teilnehmer aus allen Gegenden des Reiches. Das Ergebnis der Aussprache sowie die im grundsätzlichen, fast dreistündigen Referat des zweiten Bundesvorsitzenden Johannes Noa behandelten Forderungen fanden ihren Niederschlag in einer längeren Entschließung, die gewissermaßen die programmatische Richtlinie für die künftige Tätigkeit des Bundesvorstandes auf diesem Spezialgebiet darstellt. Erwähnung verdient noch, daß vier Mitgliedern in Anerkennung ihrer 10jährigen Praxis als Beisitzer beim Reichsversorgungsgesetz beim Landesversorgungsgesetz Bayern eine Ehrung in Form einer Adresse zuteil wurde.

— Landbundtag. Am Dienstag, dem 4. Februar nachm. 3 Uhr findet in Letmathe die Generalversammlung des Westf. Landbundes, Bezirksverband Sauerland, statt. U. a. ist ein Vortrag des Präsidenten des deutschen und preussischen Landgemeindetages Herrn Landrat a. D. Dr. Dr. Behre: „Erntekampf des Landvolkes.“

Halver

— 0 Polizeiliches. Ein Hund — Schäferhund — zugelaufen. Eigentumsansprüche sind im Amtshause, Zimmer Nr. 9 geltend zu machen.

— 1 Den Tag ihrer Silberhochzeit konnten vor einigen Tagen begehen die Eheleute Polizeioberwachm. R. Peter Vorlinghaus und Frau Elise geb. Landjüdel zu Lüdenscheid. Herr Vorlinghaus war früher in Halver und später in Schalksmühle als Polizeibeamter tätig. Im Jahre 1921 trat er in den Ruhestand und verlegte seinen Wohnsitz nach Lüdenscheid. Wir entbieten dem Paare nachträglich unsere besten Glückwünsche.

— 2 Wegen epidemischen Auftretens von Scharlach, Masern und Diphtherie mußten die dritte und vierte Klasse der hiesigen Schule vorläufig auf 14 Tage geschlossen werden.

— 3 Lichtspiele Carlshöhe. Für kommenden Samstag und Sonntag haben sich die Lichtspiele Carlshöhe wieder zwei schöne und sensationelle sowie spannende Filme sichern können. „Der Adjutant des Zaren“ so betitelt sich der erste Bildstreifen, in dem Iwan Mosjulin und Carmen Boni als Hauptdarsteller ihre Filmtalente zeigen werden. Dieser echte russische Film zeigt den Besuchern das Leben der Fürsten und Prinzen am Hofe des Zaren und dem der Fürstin Alexandra. Prinz Boris Kurbski — der Adjutant — verführt durch Iwan Mosjulin, sucht in Paris ein liebes Mädchen als treue Lebensgefährtin und findet sie erst nach langer Fahrt in — Petersburg. Helene di Amore, das ist seine junge Frau, steht im Bunde mit den Mihilisten und soll versuchen, bei einer Festlichkeit den Zaren zu vergiften. Diese Szenen, in denen dieses versucht wird, aber von dem Prinz Boris vereitelt werden kann, werden die Besucher des Kinos aus der Ruhe bringen und sie bis zum Schluß in atemloser Spannung halten. Der zweite Schlager „Die Republik der Dackische“ wird ebenfalls ein gutes Zeugnis ablegen von filmtechnischer Schönheit und Vollkommenheit. Sehr lustig und auch humoristisch gespielt, versteht es die Besucher in fröhliche Stimmung. „Näthe von Nage“, interessant wie auch durch lustiges und wagemutiges Auftreten imponiert, hinterläßt auf die Besucher den stärksten Eindruck mädchenhafter Schlagfertigkeit und Wagemutigkeit — natürlich im Film. Aufgetaucht durch dieses argentinische Farnekind, das im Film mit dem Namen Willie van Santen auftritt, werden die Töchter mehrerer Pensionäre beinahe zu einem Regiment weiblicher Soldaten, die auf einer südlichen Insel eine eigene Republik gründen und solange daran festhalten, bis die Liebe sie auseinander sprengt. — Diese beiden Filme, sowie das übliche Beiprogramm bieten wirklich etwas Schönes. Die Aufführung beginnt Samstag um 5 Uhr und Sonntag ab 5 und 8 Uhr.

— 4 Oberbrügge, 31. Jan. Der Krankentransportwagen des Zweigvereins vom Roten Kreuz in Altena, welcher vorübergehend an die Stadterhaltung (Krankenhaus) in Lüdenscheid abgegeben war, befindet sich wieder in Oberbrügge. An dieser Stelle sei nochmals darauf hingewiesen, daß der Wagenführer unter der Nr. 2566 an das Fernsprechamt in Lüdenscheid angeschloffen ist. Alle Angelegenheiten, die den Wagen selbst betreffen, wolle man dem Verwalter des Wagens, Herrn Dr. Beutler in Brügge melden.

Bogelsang, 29. Jan. Glück im Unglück. Auf dem Wege vom Hagebülling bis zur Drehbank verlor ein Reisender aus Gelsenkirchen seine Brieftasche mit etwa 150 RM. Inhalt und anderen Wertpapieren. Als er sich auf der Suche befand und schon ein gutes Stück zurückgegangen war, lief ihm ein kleiner Junge entgegen, der die Tasche gefunden hatte. Der Reisende schenkte dem Jungen gern eine Belohnung.

Herlohn, 30. Jan. Ein falscher Arzt. Seit einigen Tagen treibt in Herlohn ein falscher Arzt sein unsauberes Wesen. Ein großer, schlanker Mann, von dem noch keine nähere Beschreibung gegeben werden kann, erkundigt sich unauffällig nach kranken Personen, Frauen und Mädchen, um diese dann unter dem Vorwand, er sei Frauenarzt der Provinzialanstalt, auf seine Weise zu untersuchen. Unberücksichtigt hat er auch bereits bei verschiedenen Frauen und Mädchen Glauben gefunden und sein Ziel erreicht. Es wird dringend vor diesem Schwindler gewarnt und gebeten, sofort die Polizei zu benachrichtigen, wenn sich der Betrüger irgendwo blicken läßt.

Lokales und aus der Nachbarschaft.

Halver, den 1. Februar 1930.

— * Um die Reform des Versorgungsrechts. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegerinterblichenen hatte zum Sonntag, dem 26. Januar 1930 die ihm angehörenden Beisitzer des Reichsversorgungsgesetzes und des Bayerischen Landesversorgungsgesetzes zu einer Aussprache nach Berlin eingeladen. Von dem am Reichsversorgungsgesetz insgesamt tätigen 130 Kriegsoffizier-Laienrichtern nahmen über 50, sämtlich dem Reichsbund angehörende Beisitzer aus allen Teilen des

Reiches an der Tagung teil. Dadurch erlangte die Konferenz eine weit über die Kriegsoffizierschaft hinausgehende Bedeutung. Wenn fast die Hälfte der Laienrichter des Reichsversorgungsgesetzes seine Erfahrungen über die Spruchpraxis auf dem versorgungswirtschaftlichen Gebiete austauscht, dabei Mängel der Gesetzgebung, Gesetzeslücke und Verordnungen feststellt, das bisherige System des Verfahrens einer sachlichen und schöpferischen Kritik unterzieht und grundsätzlich Stellung nimmt zu den großen Zeit- und Streitfragen der Rechtsbildung, Rechtschöpfung und Rechtsnormung, so dürfte die Konferenz allgemeine Beachtung finden bei den Regierungsstellen, Parlamentariern, Behörden, Richtern, Medizinern, Gewerkschaften und anderen Dr-

Günstiger Möbel-Einkauf

vom 1.—15. Februar
15% Rabatt

bei sofortiger Kasse.

Besichtigung ohne Kaufzwang! Ausnahmepreise!

Wegen Renovierung unserer Verkaufsräume geben wir

auf **Küchen, Schlaf-, Herren- und Speisezimmer, Flurgardroben, Läufer, Teppiche, Kleinmöbel usw.**

Gebr. Karthaus, Halver, Teleph. 174.

Lichtspiele Carlshöhe.

Samstag ab 8 Uhr,
Sonntag ab 5 und 8 Uhr.

2 Großfilme

Der Adjutant des Zaren

In der Hauptrolle **Iwan Mosjakin**
und **Carmen Boni**.

Ein Film mit echter russischer Schauspielkunst.



Sie, in dem wilden Leben der argentinischen Pampas aufgewachsen, kommt in ein europäisches Pensionat, fühlt sich der Freiheit beraubt und macht alle Pensionatstöchter rebellisch, um dann für sich eine Republik zu gründen, wo sie dann nach freien Grundsätzen ihre Jugend genießen.

Ferner

ein gutes Beiprogramm.

Volles Orchester.

Apollo-Theater, Schalksmühle.

Samstag 8 Uhr — Sonntag 3 Uhr

Persönliches Gastspiel Fred Wolton's.

Der Mann aus Stahl und Eisen!

Kommen! Sehen! Staunen!

Auf der Leinwand:

Die Kaiserjäger

Ein Drama in 7 Akten
und

Der schwarze Satan

Ein Wildwestfilm in 6 Akten aus der Zeit
der Indianerkämpfe,
und

Lustspieleinlage.

Samstag nachmittag 3 Uhr

Kindervorstellung.

Eintritt 30 Pfg.

Fred Wolton persönlich.

Märkische Lichtspiele Kierspe

Vorführungen am:

Samstag, dem 1. Februar, abends 8,30 Uhr
Sonntag, 2. Febr. nachm. 4 Uhr, abds. 8 Uhr

Wenn der weiße Flieder wieder blüht

in 7 Akten.

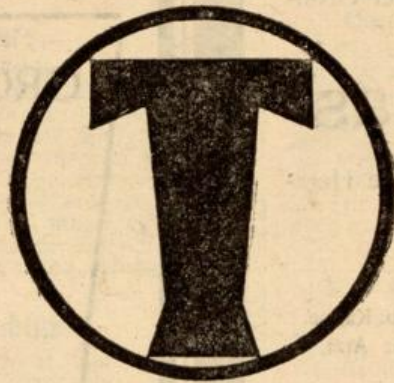
Millionenfach gesungen und getanzt.

Ein junges Mädchen zwischen einem geliebten
jungen Menschen und einem alternden Mann, in
dessen Hände das Schicksal des Vaters liegt
Ein Motiv von höchster Spannung:

Hierzu

das übliche Beiprogramm!

Inferieren bringt Gewinn!



FÜNFZIG JAHRE TIETZ

Am kommenden Montag, den 3. Februar, vormittags 9 Uhr, beginnt der große

Jubiläums-Verkauf

aus Anlaß unseres 50jährigen Bestehens. — Wir haben seinerzeit bei Gründung der Firma das Versprechen gegeben, stets beste Ware für wenig Geld, d. h. Tieb-Qualitäten zu Tieb-Preisen, zu verkaufen. Jedes Jahr haben wir dazu benutzt, um dieses Versprechen nicht nur zu erfüllen, sondern um es auch noch zu überbieten und wir können heute getrost sagen: „Was Qualität anbetrifft, wird dieselbe wohl kaum wohlfeiler angeboten.“ Wir haben stets unseren ganzen Ehrgeiz darin gesetzt, den Kundendienst in jeder Beziehung vorbildlich auszubauen. Unsere ganze Arbeit zielt darauf hin, in dieser Hinsicht stets mehr zu leisten als andere. — Wenn wir nunmehr einen Jubiläums-Verkauf veranstalten, dann werden 50 Jahre Arbeit und Erfahrung Ihnen die höchste Möglichkeit des guten Einkaufs bieten.

Unser Jubiläums-Verkauf wird mehr sein als irgend eine Sonder-Veranstaltung.

Er wird Ihnen die niedrigsten Preise des Jahres bringen, denn unser Bestreben

geht dahin: das Vertrauen Aller zu erringen und es für immer zu festigen.

Wenn Ihnen unser Wort etwas gilt, dann besuchen Sie uns in der kommenden Woche.

LEONHARD TIETZ

AKT.-GES.

L ü d e n s c h e i d.

Mein großer Total-Ausverkauf

Wegen vollständiger Geschäfts-Aufgabe, beginnt am
Samstag, dem 1. Februar 1930, vorm. 8 $\frac{1}{2}$ Uhr.
Da ich bekanntlich nur Qualitätsware führe, sollte niemand sich
diese seltene Gelegenheit, gute Ware, weit unter Preis erwerben
zu können, entgehen lassen, denn

Die Preise sind um 25-40% herabgesetzt.

Zum Verkauf kommen:

Unterzeuge, Wäsche, Strümpfe, Handschuhe, Oberhemden
Kragen, Kravatten, Taschentücher.

Ferner moderne Stricksachen, wie:

Strickkleider, Jacken, Westen, Pullover, Babyartikel,
ganze Babyaussteuern,

Spitzen und Künstlerdecken, Bulgarenblusen, Bademäntel,
Badetücher, Badeanzüge.

Decken Sie Ihren Bedarf, die Reise nach hier wird sich lohnen

M. Mommer, Lüdenscheid, Wilhelmstr. 3.

Oeffentl. Versammlung.

Landvolk in Not, wer rettet uns?

Ueber dieses Thema spricht
am Sonntag, dem 2. Februar, nachm. 4 Uhr
im Saale G. Krefting in Grünbaum

Hg. Escher, Hagen.

N. E. D. A. P. Halver.

Kleinverwerbetreibende,
Handwerker und Landwirte!!

Das

vereinfachte Kassabuch

„Steuerwacht“

mit Mustern und Beispielen zur Berechnung des
steuerpflichtigen Einkommens, Umsatzes und

Vermögens,

in leicht verständlicher Ausführung

Buchhandlung

Wilh. Bell jr., Halver.



Brennstoffe!

Wir beabsichtigen vom
1. Februar d. Jrs. ab un-
sere Mitglieder auch mit
Brennstoffen
(Kohlen, Koks etc.)
zu versorgen.

Wir bitten unsere Mit-
glieder, ihren Bedarf in
Brennstoffen bis zum
letzten eines jeden Mo-
nats für den folgenden
Monat im Büro oder in
einer Verteilungsstelle an-
zugeben.

Die Lieferung erfolgt
frei Haus, selbstverständ-
lich nur gegen Barzahlung
Konsumverein Halver
e. G. m. b. H.

(Statt besonderer Anzeige)



Heute nacht 2 Uhr wurde mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Hermann Haas

im Alter von 74 Jahren plötzlich infolge Herzlähmung heimgerufen.

In tiefer Trauer:

Frau Hermann Haas, Emma geb. Kappe.
Dr. med. Fritz Haas, praktischer Arzt.
Karl Haas,
Helene Große-Dresselhaus.
Else Haas, geb. Kind.
Pastor Dr. Große-Dresselhaus,
und 5 Enkelkinder.

Krombach (Kreis Siegen), Bielstein (Rheinland), Halver, den 31. Januar 1930.

Die Beerdigung findet statt am Sonntag, dem 2. Februar 1930, nachmittags 3 Uhr vom Trauerhause.
Von Beileidsbesuchen bittet man abzusehen.



Gestern abend 10 Uhr entschlief sanft und friedlich nach langem Leiden mein lieber Mann, unser guter Vater, Großvater, Bruder, Schwager und Onkel

Ewald Heckmann sen.

im 73. Lebensjahre.

Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Halver, Elberfeld, Barmen, Mettmann, Lüdenscheid, den 31. Januar 1930.

Die Beerdigung findet am Montag, dem 3. Februar, nachmittags 4 1/2 Uhr vom Sterbehause aus statt.
Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen, sagen wir allen unsern herzlichsten Dank.

Geschwister Schröder.

Nieder-Buschhausen.

Kirchliche Nachrichten.

Ev. Gemeinde Halver. Sonntag, den 2. Febr. 10 Uhr Gottesdienst, 11 Uhr Taufen, Kindergottesdienst. Bücherausgabe der kirchl. Volksbibliothek. Dienstag abd. 8 Uhr Kirchenchor. Donnerstag abends 8 Uhr Vorbereitung für den Kindergottesdienst. Freitag abd. 8.30 Uhr Kirchl. Posaunenchor.

Ev. Vereinshaus Halver. Sonntag, 2. Februar. 4.30 Uhr Bibelstunde, (Brüder) 8 Uhr Jünglingsverein Unterhaltung. Montag 8 Uhr Jünglingsverein Turnen. 8.30 Uhr Jungfrauenverein Chorstunde. Mittwoch 4 Uhr Missionshandarbeitsstunde. 8.30 Uhr Jungfrauenverein, Gruppenabend. Freitag 8.30 Uhr Männerchor. Samstag 8.30 Uhr Gebetsstunde.

Blaukreuzverein. Sonntag, den 2. Februar nachm. 3 Uhr Bibelstunde, Donnerstag abends 8.30 Uhr Bibelbesprechung.

Freie evangl. Gemeinde Halver. Berlinerstr. 27a Sonntag morgen 9.45 Uhr Erbauungsstunde 11 Uhr Sonntagsschule. Nachm. 4 Uhr Bibelstunde. Donnerstag abd. 8.30 Uhr Gebetsstunde.

Katholische Gemeinde Halver. Sonntag, 2. Febr. 8 Uhr Frühmesse mit Predigt. 10.15 Uhr Hochamt mit Predigt, 2.30 Uhr Andacht. 3 Uhr Männerverein.



Landwehr-Verein
Halver.

Zur Teilnahme an der Beerdigung unseres verstorbenen Kameraden

Ewald Heckmann

wollen die Mitglieder am Montag, den 3. Febr., nachm. 4.15 Uhr am Vereinslokal recht zahlreich antreten.

Der Vorstand.

**Restaurant
zum Deutschen Eck**

Wilhelm Rödning
Oeckinghausen

Sonntag

Tanz

Karnevalstimmung
in schönen dekorierten Räumen.

Eintritt frei!

Heimarbeit
schriftl. Vitalis-Verl.
München C 4.

Weisse Waren

ab Sonnabend, den 1. Februar 1930.

GROSSE POSTEN

Leinen u. Baumwollwaren

Bettwäsche

Tischwäsche

Leibwäsche

Badewäsche

In den bekannt guten Qualitäten und trotzdem zu Ausnahmepreisen.

J. LOEWENSTEIN

HAGEN, ELBERFELDERSTRASSE 1-3-5

**Alsbergs
ganzes Streben
dient der
Qualität**

Bewährte Qualitätswaren zu sehr, sehr niedrigen Preisen:
Das ist es, was alle unten angeführten Angebote auszeichnet.

Damen-Kleider

Damen-Kleid aus gemust. Stoff, Glockenform mit Passpel u. Knopfgarn. 7.75
Tweed-Kleid mit Lederbesatz u. Lederkn., Crêpe de Chine-Kragen 12.75
Rips-Kleid, mod. Glockenform, aparte Krän-Garnitur u. Biesen 19.75
Jugendlich. Veloutine-Kleid moderner Rock, elegante Garnitur 29.75
Veloutine-Kleid mit tiefem, Glücke, Crêpe Georgelle, Kragen und Stulpen 39.75
Festes Veloutine-Kleid mod. Form, aparte Perlkragen 49.75
Elegant. Nachmittags-Kleid jugendliche Form, aparte Garnitur 59.75

Damen-Mäntel

mit und ohne Pelzbesatz, größtenteils auf K.-Seidenfutter
19.75 29.75 39.75 49.75

Kleiderstoffe u. Seide

Veloutine Wolle mit Seide Mr. 7.50 4.95
Crêpe-Satin, reine Seide, alle moderne Farben . . . Mr. 8.75 6.95
Crêpe-Marocain bedruckt Mr. 4.95 3.95
Crêpe de Chine bedruckt Mr. 8.75 4.95
Japon-Seide neue Dessins Mr. 7.50 6.50
Tweed reine Wolle, neue Muster . Mr. 3.50 2.10
Tweed doppelt breit aparte Dessins . Mr. 4.50
Schiffen für Kinderkleider Mr. 1.50 0.98
Schiffen reine Wolle, doppelt breit . . Mr. 2.90

Baumwollwaren

Nessel besonders gute Ware 80 cm 0.39
Bettwäsche, rein Mako, 160 u. 130 cm, besonders gute Qualität . 4.50 3.50
Frottier-Handtuch, 45 mal 100 cm, besondere Gelegenheit 0.68
Wischluch, 60 mal 60, gesäumt u. gebündelt 0.30

Bekannte Fahrtvergütung!

GEBRÜDER

Alsberg

LÜDENSCHIED

Reichsregierung und Bahntarifserhöhung.

Die ernste Finanzlage der Reichsbahn.
Im Verkehrsaußschuß des Reichstages erläuterte Reichsverkehrsminister Dr. Siegelwald die Haltung der Reichsregierung zur Erhöhung der Tarife der Stadt- und Vorortbahn in Berlin. Der Betrieb dieser Bahnen habe der Reichsbahn einen Zufluß von 46 Millionen Mark aufgelegt, davon etwa 10 Millionen für Verzinsung des für die Elektrifizierung aufgewendeten Kapitals. Der Zufluß der von den städtischen Verkehrsmitteln abwandernden Fahrgäste würde die

Gefahr von Unfällen infolge Überfüllung heraufbeschwören, da ein ausreichender Wagenpark nicht vorhanden ist. Die Finanzlage der Reichsbahn sei insbesondere infolge der Reparationslasten und der Verkehrssteuern sehr ernst. Bei dieser Lage hätte die Reichsregierung der Tarifierhöhung vor dem Reichsbahngericht nicht mit Aussicht auf Erfolg widersprechen können. Der Reichsverkehrsminister habe das Kabinett wegen der politischen Bedeutung gehört. Das Kabinett habe sich den vorgebrachten Gesichtspunkten nicht verschlossen. Die Erhöhung der Berliner Lokaltarife werde allein den Haushalt der Deutschen Reichsbahngesellschaft nicht in Ordnung bringen. Man stehe vor der Frage, ob man zu Lasten anderer Steuern — die Verkehrssteuern — der Reichsbahn senken oder einer Erhöhung der Reichsbahntarife näbertreten wolle.

Polnischer Beamter mißhandelt deutschen Schaffner.

Unerhörter Zwischenfall im Warschau-Paris-Express.
In einem Schlafwagen des Schnellzuges Warschau-Paris brach auf der Station Bensdorf ein höherer polnischer Zugbeamter einen Streit mit dem deutschen Zugschaffner Rühbach aus Charlottenburg vom Baun. Der Pole warf sich auf den Schaffner und schlug ihn mit den Fäusten ins Gesicht. Dann zog er seinen Säbel, warf den Deutschen zu Boden, schleppte ihn den Gang entlang und ließ ihn auf den Bahnsteig hinaus. Der mißhandelte Beamte wurde in einem anderen Wagen des Schnellzuges weiter nach Berlin befördert, wo ihm ärztliche Hilfe zuteil wurde.

Vollziehung in London.

Technische und grundsätzliche Fragen.
Die dritte Vollziehung der Seemächtekonferenz begann Donnerstag mit einer Behandlung der vorliegenden Fragen, das sind 1. das System der Gesamttonnage (französische Vorschläge), 2. die Art der Klassifizierung, 3. die Möglichkeiten der Übertragung von einer Klasse in die andere der verschiedenen Schiffseinheiten.

Vor der Eröffnung der Sitzung hatten Besprechungen zwischen den fünf Delegationsführern stattgefunden, bei denen Macdonald darauf hinwies, es sei zunächst unmöglich gewesen, die hauptsächlichsten Fragen in öffentlicher Sitzung zu behandeln. Man habe sich damit begnügen müssen, allgemeine Ansichten auszutauschen.

Italien für Klarheit.

Der italienische Delegierte Grandi ging auf die gemachten Vorschläge ein und meinte, die aufgeworfenen Fragen ließen sich nicht auf dieselbe Stufe stellen. Mehr oder minder streite man sich über die Sachen als über die Methoden. Die von der italienischen Delegation unterbreiteten Punkte seien grundsätzlicher Natur, nämlich die Bestimmung des Stärkeverhältnisses zwischen den Flotten und die Bestimmung des Höchststandes der Gesamttonnage für alle fünf Mächte. Der freiwillige Verzicht auf die Handlungsfreiheit in der Frage der Rüstungen sei im wesentlichen ein politischer Akt. Man solle nicht davor zurückschrecken, zu erklären: Man sei nicht in London, um eine technische Frage zu lösen, sondern eine politische.

Der Amerikaner Stimson sprach sich für Fortführung der privaten Unterhaltungen aus, Votschaffer Gibson sagte, die Vereinigten Staaten hätten wiederholt die Beschränkung der Flottenrüstungen nach Schiffsklassen gewünscht. Cardieu meinte, die anzuwendenden Methoden seien von größter Wichtigkeit nicht nur in technischer, sondern auch in grundsätzlicher Hinsicht.

Bankrott in Schweden.

Gottlands Sparbank durch Unterschlagungen ihres Direktors zusammengebrochen.
In Schweden hat sich ein Bankrott ereignet, der eine Katastrophe für die Insel Gotland bedeuten dürfte, erregt in ganz Schweden durch die Begleitumstände das größte Aufsehen. Gottlands Sparbank ist nach der Entdeckung einer raffinierten Unterschlagung zusammengebrochen. Der Direktor der Bank, Zwan Vergenstjerna, hat einen Betrag von rund 600 000 Kronen veruntreut. Er wurde in dem Augenblick verhaftet, als er einen Selbstmordversuch durch Veronal machte.

Vergenstjerna hat wie sich jetzt herausstellt, bereits bei der Gründung der Bank im Jahre 1919 betrügerische Manipulationen vorgenommen und es zehn Jahre hindurch verstanden, die Revisionen hinters Licht zu führen. Es ist damit zu rechnen, daß die Sparer, zum größten Teil kleine Landwirte, bestenfalls 50 Prozent ihrer Einlagen retten können.

Politische Ausschreitungen.

Der mißlungene „Hungermarsch“.
Die Teilnehmer am „Hungermarsch“ nach Hamburg werden nach dem aus der Provinz Schleswig-Holstein vorliegenden Meldungen überall aufgehalten. Einzelne Trupps Erwerbsloser konnten auf dem Wege nach Hamburg u. a. in Heide, Meltdorf, Jhehoe, Lägerdorf, Sörst und an anderen Orten aufgehalten und in ihre Wohnorte zurückbefördert werden.

Zur Ausschlus an eine nationalsozialistische Versammlung in Krempe, in der Graf Reventlow sprach, kam es zu wilden Schlägereien mit Kommunisten, deren Führer, Heud, in der Diskussion das Wort ergriffen hatte. Das Mobiliar des Saales wurde zertrümmert.

Die Kabinettsbildung in Spanien.

Es gilt Schwierigkeiten zu überwinden.
Nach einer Meldung aus Madrid erklärte General Berenguer, der sich mittags in das königliche Palais begeben hatte, den Journalisten, er bedauere, noch nichts über die Kabinettsbildung mitteilen zu können. Er sei ein neuer Mann und hoffe, daß vielleicht Donnerstag die Ministerliste bekanntgegeben werden könne. Weiter wird gemeldet: Es scheint, daß General Berenguer bei der Bildung seines Kabinetts auf einige Schwierigkeiten stößt. Bis 7½ Uhr abends war erst der Name eines einzigen Ministers der neuen Regierung bekannt, nämlich des Generals Marzo.

Heitere Umschau.

Er gibt nichts. Es tut mir leid, die Auskunft, die ich über Sie erhalten habe, war so schlecht, daß ich Ihnen keinen Kredit einräumen kann! — „Auf Auskünfte darf man doch bekanntlich nichts geben!“ — „Nein, deshalb gebe ich Ihnen auch nichts!“
Waler unter sich. „Neun Käufer von zehn können ein gutes Bild nicht von einem schlechten unterscheiden.“ — „Au, das ist doch dein Glück!“

Schlusssdienst.

Vermischte Nachrichten vom 30. Januar.

Entschlüsse des Reichskabinetts.

Berlin. Das Reichskabinett hielt Donnerstag eine längere Besprechung über die Ausführung der Gesetze zum Young-Plan ab. Da aber mittlerweile dem Vorsitzenden, Reichsfinanzminister Müller, die besonderen Wünsche der Zentrumsfaktion in dieser Beziehung überreicht worden waren, machte er Mitteilungen von dieser wichtigen Tatsache. Das Kabinett nahm einstweilen von der Verabschiedung der vorliegenden Gesetzentwürfe Abstand und entschloß sich, gemeinsam mit den Parteiführern bis spätestens Montag eine Konferenz abzuhalten, in der die Forderungen des Zentrums nach schnellerer Beschlußfassung über das Saarabkommen und den polnischen Liquidationsvertrag behandelt werden sollen.

Unruhen in Hamburg.

Hamburg. In der Hamburger Neustadt ist es zu Zusammenstößen zwischen Kommunisten und der Polizei gekommen. Besonders in den Kohlenhöfen retteten sich wieder größere Menschenmassen zusammen, die die Polizei schwer bedrohten. So räumte die Polizei unter anderem vor dem großen Neubau des Deutschen Handelsgehilfenverbandes am Holstenplatz auf, wo sie mit größeren Eisenstücken und Steinen beworfen wurde. Die Polizei mußte außer dem Gummihüpfel verschiedentlich auch von der Schußwaffe Gebrauch machen. Den Polizeibeamten ist es gelungen, die Ruhe überall wiederherzustellen.

Das neue spanische Kabinett.

Madrid. Das neue Kabinett setzt sich wie folgt zusammen: Ministerpräsident und Krieg: General Berenguer; Marine: Konteradmiral Carvia; Inneres: General Marzo; Finanzen und interministerielle Wirtschaft: Arguelles; Öffentliche Arbeiten: Rato; Justiz: Estrada; Unterricht: Herzog von Alba; Arbeit: Sangro.

Die Königin von Schweden ernstlich erkrankt.

Das Bulletin des Leibarztes.
Die Königin Viktoria von Schweden, die sich gegenwärtig in Rom aufhält, ist dort ernstlich erkrankt. Das letzte Bulletin, das der aus Krankenlager berufene Leibarzt der Königin ausgegeben hat, lautet folgendermaßen: „Die Schleimabsonderung in den beiden Lungen hat sich wesentlich vermehrt, der anhaltende Husten ist quälend; die oft eintretenden Fälle von Atemnot sind schwer und besorgniserregend. Die Herzstätigkeit ist zeitweilig weniger befriedigend. Die körperlichen Kräfte sind bedenklich geschwächt. Die Nächte sind relativ ruhig.“
Bekanntlich ist Königin Viktoria eine gedorene Prinzessin von Baden und eine Enkelin Kaiser Wilhelm I.

Die Katastrophe in der Bistana.

Rettung der Schiffbrüchigen der „Anepworth“.
Die Schiffbrüchigen auf dem Wrack des englischen Dampfers „Anepworth“ sind bei ruhiger See gerettet worden. In der Nacht hatte der Sturm noch an Heftigkeit zugenommen. Einer der Schiffbrüchigen ist dabei über Bord gespült worden und ertrunken.

Militärluftflotte der Schweiz.

Zur Verteidigung der schweizerischen Neutralität.
Die Schaffung einer schweizerischen Luftflotte von 105 Aufklärungs- und Bombenflugzeugen wurde in Bern von der Heereskommission des schweizerischen Staatsrates einstimmig beschlossen. In der Frage, ob diese neue Rüstung mit den Abrüstungszielen des Völkerbundes zu vereinbaren sei, hat sich die Kommission auf den Standpunkt gestellt, daß der Völkerbundpakt der Schweiz die Verpflichtung auferlege, ihre Neutralität im Ernstfalle mit eigenen Mitteln zu verteidigen.

Englisch-französisches Flottenkompromiß.

Ein englisch-französisches Flottenkompromiß ist in seinen Grundzügen fertiggestellt worden. Es beruht auf der Festlegung eines Höchstbetrages, der von einer Schiffskategorie auf eine andere verrechnet werden darf. Von einer solchen Absicht muß alljährlich Mitteilung gemacht werden, auch unterliegen die Verschönerungen noch weiteren Einschränkungen. Soweit man hört, dürfen die Tonnageersparnisse auf der einen Seite unter keinen Umständen auf Unterseeboote angerechnet werden.

Macdonald Friedensnobelpreisträger?

Ein Vorschlag der schwedischen Sozialdemokraten.
Der Vorsitzende der schwedischen Sozialdemokratischen Partei hat den Ministerpräsidenten Macdonald beim Nobelskomitee des norwegischen Storting für den diesjährigen Friedenspreis vorgeschlagen. Als Begründung wird seine Haltung im Kriege und seine große Arbeit für den Frieden in der Nachkriegszeit angeführt.

Bergiftung durch Terpentingase.

Eigenartiger Unfall eines Staatsanwalts.
Der Erste Staatsanwalt Floel in Greiz geriet in seinem Amtszimmer in Lebensgefahr. Das Zimmer war frisch gebohrt worden und aufsteigend unter der Einwirkung ausströmender Terpentingase konnte unverbranntes Gas aus der Brenndüse austreten. Die Folge war eine langsame Gasvergiftung des Staatsanwalts, der plötzlich mit dem Kopf auf die Schreibtischplatte sank. Er erkannte noch rechtzeitig die Gefahr und konnte sich retten. Ein im Nebenzimmer arbeitender Amtmann war ebenfalls betäubt; bei ihm war die Vergiftung bereits so weit vorgeschritten, daß man ihn fortbringen mußte.

Schriftleitung: Wlth. Bell jr., Halber i. Westf.



SINN
IN WEISS
GROSSER SONDER-VERKAUF
WEISSER-WAREN
RIESENMENGEN

weisser Waren aller Art haben wir für diesen Verkauf bereitgestellt. Trotz wesentlich verbesserter Qualitäten sind unsere
PREISE NOCH NIEDRIGER
als bisher. -- Unsere gesamte Schaufensterfront steht im Zeichen dieses bedeutungsvollen Ereignisses und redet eine überzeugende Sprache unserer grossen Leistungsfähigkeit.
Die Ausschmückung unserer Innenräume ist sehenswert.

Bekannte Fahrtvergütung!

SINN & CO., HAGEN

Empfehle

und halte auf Lager vorrätig:

- Erbsenmehl,
- Schafschrot,
- Rheinpreussenschrot,
- Rapskuchen,
- Rapskucheneis,
- Palmenkuchen,
- Palmenkuchenschrot,
- Leinmehl,
- Weizenbrotmehl,
- Weizenkleie,
- Zuckerschnitzel,
- Rohsalz,
- Viehsalz.

E. Zimmermann,
OHL-Rönsahl,
Telefon Nr. 11 Rönsahl



Viele Freuden

der an Ueberfluß reichen Schlachtzeit können in der knappen Zeit wiederkehren, wenn die Hausfrau in der Schlachtzeit Fleisch u. Wurst frisch hält. Sie bedient sich dabei der zweckmäßigen Gläser und Sterilisier-Geräte der

Firma WECK
Öllingen

Niederlage bei:
W. Bell jr., Halver

Korbwaren:

- Korbessel
- Korbtischen
- Blumenkrippen
- Waschkörbe m. Henkel
- ovale Waschmagen
- viereckige Waschmarktkörbe (mangen)
- Metzgerkörbe
- Papierkörbe
- Wandmappen
- Bürstentaschen
- andere Körbe
- Kinderkörbchen
- Spankörbe

empfehlen

Kaufhaus

Aug. Vollmerhaus

Kierspe-Bhf.